

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1909)
Heft: 7-8

Artikel: Kundgebung gegen die Flottenrüstungen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-802807>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

so könnte man diesen Schlussworten ja gewiss beipflichten; aber man war sich im Haag darüber vollkommen einig, dass diese schwerwiegenden Fälle der Schiedssprechung zurzeit nicht zu unterwerfen seien. Und dass die oben angeführten paar harmlosen obligatorischen Fälle nicht so schwerwiegender Natur waren, um derartige Befürchtungen zu erwecken, wird im Grunde eigentlich wohl niemand bezweifeln. Gegen was will man also mit diesem Schlussworte eigentlich ankämpfen?

Erfreulicher als diese durch die Sachlage keineswegs gebotene Abwehr hätte am Abschlusse der Botschaft zweifellos eine positive Erklärung zugunsten des obligatorischen Prinzips gewirkt, wie sie in der Haager Schlussakte enthalten ist. Denn bei den Werken des Fortschrittes wollen wir in der Schweiz ja in Wirklichkeit in keiner Weise hintanstehen! Auf die demokratischen Länder vor allem sind heute die Augen der Welt in allen Sachen des Fortschrittes gerichtet. Es gilt als eine Grundwahrheit, dass mit wachsender Demokratisierung der Staatenwelt die Tendenz zur Regelung der Streitigkeiten im Schiedsgerichtswege wachse. Sollen wir in der Demokratie par excellence dieses Axiom etwa Lügen strafen? Sicherlich nicht! Zum Fortschritte gehört aber nicht nur der politische Fortschritt, sondern nicht minder der Fortschritt auf dem Gebiete des Rechtes, der eine wesentliche Vorbedingung für alle kulturelle Entwicklung ist, und den wir daher nicht minder auf unser Banner schreiben müssen. Die Weiterentwicklung des Völkerrechtes insbesondere ist aber undenkbar ohne Fortschritte in der internationalen Rechtsprechung.

Kundgebung gegen die Flottenrüstungen.

Im Alexandra-Palast in London fand jüngst eine grosse Kundgebung der Sozialisten- und Arbeiterverbände Nord-Londons gegen das Flottenprogramm der Regierung statt. Die gewaltige Halle des Alexandra-Palastes war dicht besetzt, und die Anwesenden unterstützten mit Enthusiasmus den Vorschlag, dass die Arbeiter Englands und Deutschlands gemeinsam für die Einschränkung von Kriegsrüstungen eintreten sollten. Der Abgeordnete Keir Hardie erklärte, Deutschland bause, weil England sich geweigert habe, auf der Haager Konferenz den Antrag, die Handelsflotten für den Kriegsfall unangreifbar zu machen, zu unterstützen. Deutschland habe einen grossen Ueberseehandel zu beschützen, und man könne ihm nicht verargen, dass es zu diesem Zwecke eine grosse Flotte bause. Die Arbeiterpartei Englands und die Arbeiter Deutschlands hätten dafür zu sorgen, dass zwischen den beiden Nationen keine Missstimmung erwachse. Die Arbeiter Englands würden den deutschen Arbeitern die Hand reichen und sie einladen zur gemeinsamen Bekämpfung dieses wahnsinnigen Verarmungsspieles. Der bekannte sozialistische Geistliche Campbell erklärte, man habe gehofft, dass der Besuch des Königs Edward und der in Deutschland so deutlich zutage getretene gute Wille des deutschen Volkes zu einem besseren Verständnis führen würden. Statt dessen sehe man den Himmel wieder von Kriegswolken verschleiert. Die zivilisierten Nationen schleppen sich mühsam fort unter der Last der Rüstungen. Mehr als zwei Drittel der englischen Staatseinnahmen würden für Rüstungszwecke verwendet. Die Arbeiter verschiedener Länder fühlten sich den Arbeitern anderer Länder näher verwandt als den Wohlhabenden des eigenen Landes. Ein wahrer Sozialist stelle sein internationales Gewissen neben den Patriotismus. Er

wolle damit sagen, dass die Männer, die für Humanität und Besserung des Geschickes der Menschheit einträten, sich schliesslich als die besten Freunde des eigenen Landes erweisen würden.

—o—

Gegen die Reichsfinanzreform.

Die Deutsche Friedensgesellschaft entwickelt fortwährend eine erfreuliche praktische Tätigkeit. Kürzlich hat sie ein Flugblatt gegen die geplante Reichsfinanzreform herausgegeben. Die Reichsregierung verlangt nämlich 500 Millionen Mark neue Steuern. Demgegenüber sagt dieses Flugblatt unter anderem:

„Wir bitten demnach die Herren Reichstagsabgeordneten, die geplante Finanzreform jedenfalls dermalen abzulehnen, da noch gar nicht genügend klargestellt ist, dass so grosse Beträge erforderlich sind. Bis jetzt ist fast jede derartige Bewilligung sehr nachteilig für das deutsche Volk ausgefallen und der Ertrag fast nur für Militär, Marine und Rüstungsausgaben verwendet worden. Schon im Jahre 1897 haben diese den enormen Betrag von a) 585 Millionen für das Reichsheer, b) 117 Millionen für die Marine, c) 58 Millionen für Reichspensionen, zusammen 760 Millionen betragen, und sind nun bei a) auf 774, b) 301, c) 115, zusammen auf 1190 oder in diesen 11 Jahren um 430 Millionen gestiegen und so ist neben der drückenden Steuervermehrung auch noch eine sehr grosse, vorwiegend unproduktive Reichsschuld entstanden.“

Ein Krieg unter den europäischen grossen Kulturstaaten ist nun fast ein Ding der Unmöglichkeit geworden. Mehr wie 34 Millionen unserer Bevölkerung müssen nun von Industrie, Handel und Verkehr leben, für welche die ungestörte, nur im Frieden mögliche Zufuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen und der nur im Frieden ausreichende Export der Fabrikate nach der ganzen Welt absolutes Bedürfnis geworden ist. Ein Krieg, der diese Erwerbsmöglichkeiten nicht nur uns entziehen, sondern auch noch mit unermesslichen Opfern an Gut und Blut bedrängen würde, müsste uns in eine furchtbare Lage der Verarmung bringen; er würde uns mit einer Revolution seitens der notleidenden Massen und dem Zusammenbruch aller Verhältnisse bedrohen.

Aehnlich sind auch die Zustände in England, wo Hunderttausende von Menschen keine lohnende Arbeit finden können, weil die Unternehmungslust anlässlich des erwähnten politischen Misstrauens und der Rüstungslasten keinen Aufschwung nehmen kann. Auch Frankreich bedarf dringend der Ruhe, die Arbeiter, Bauern, ebenso auch der Bürgerstand sind in ihrer grossen Mehrheit jedem schweren europäischen Kriege abgeneigt und wissen diesem ihrem Willen nun auch Geltung zu verschaffen. Es ist kein Napoleon oder Ludwig mehr dort, der Kriege auch gegen ihren Willen hervorrufen könnte. Auch Oesterreich und Italien bedürfen zur Heilung mannigfacher Wunden des Friedens und noch mehr ist dies nun bei Russland der Fall.

Unter solchen Umständen müssen nun aber auch die Konsequenzen von all dem gezogen werden. Eine gegenseitige Verständigung zur Verminderung der Militär- und Marine-Ausgaben ist ein dringendes Bedürfnis geworden und die sofortige Erfüllung nun auch ohne Verzug und in ihren Anfängen jedenfalls noch in diesem Jahre möglich, wenn gleich die bedeutende und fortschreitende Verminderung der Ausgaben noch mehrere Jahre erfordern würde.

Wir stellen daher an die Herren Reichstagsabgeordneten die dringende Bitte, nicht nur auf jene Steuer-